

Polen

Kai-Olaf Lang

Die Ukraine-Krise war das übergeordnete Thema der polnischen Europa- und Außenpolitik. Mögliche Gefahren durch Russland, Unwägbarkeiten in der östlichen Nachbarschaft und die Sicherheit Polens in EU und NATO absorbierten große Teile der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit. Auch auf wichtige polnische Prioritäten in der EU, wie die Positionierung in Sachen Energie- und Klimapolitik, hatte der Ukraine-Konflikt Auswirkungen. Trotz einer gewissen Abnutzung nach sieben Amtsjahren befriedigte Regierungschef Donald Tusk durch staatsmännisches Auftreten und gute europapolitische Vernetzung den offensichtlich von vielen Menschen in Zeiten der Ungewissheit gehegten Wunsch nach Stabilität und Zuverlässigkeit.

Innenpolitik: Von Tusk zu Kopacz

Ungebrochen hohe Umfragewerte für die größte Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Verschleißerscheinungen nach eineinhalb Legislaturperioden und zunehmende Personalprobleme brachten die Regierungskoalition aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) in wachsende Bedrängnis. Dennoch musste die Regierung Tusk zu keinem Zeitpunkt ernsthaft um ihr Überleben bangen. Tusks geschicktes Agieren, ein Gefühl für den richtigen Moment und sein Profil als nichtkonfrontativer Garant von Stabilität zahlten sich in Zeiten der Ungewissheiten, insbesondere im Schatten der Ukraine-Krise aus. Hierbei spielten weniger ambitionierte Pläne und Visionen eine Rolle. Tusk hatte noch Ende 2013 davon gesprochen, Polen werde unter seiner Führung bald zum wettbewerbsfähigsten Staat Europas werden.¹ Es waren vielmehr wohltdosierte Einzelmanöver – wie etwa eine abermalige Regierungsumbildung im November 2013 – oder eine kluge Inszenierung auf EU-Ebene, die Tusk und der Bürgerplattform Zuspruch sicherten. Der Ukraine-Konflikt gab Tusk die Möglichkeit, sich innenpolitisch als europäischer Staatsmann zu profilieren und überdies den EU-freundlichen Ansatz der PO als richtigen Weg zu einer effektiven Solidar- und Sicherheitsgemeinschaft darzustellen. Dies spielte bei den Europawahlen eine entscheidende Rollen, denn letztlich drehte sich der Wahlkampf vorwiegend um die Situation in der Ukraine und Implikationen für Polen. Auf einer Parteiversammlung der PO im März 2014, bei der auch der Parteichef der ukrainischen Partei UDAR, Vitali Klitschko, sprach, verknüpfte Tusk Polens Zukunft, das Schicksal der Ukraine und den Ausgang der Europawahlen.² Großen Widerhall fand Tusks Initiative zur Schaffung einer europäischen Energieunion. Demgegenüber blieb die Kampagne der PiS wenig einfallsreich und Kritik am „System Tusk“ mit dessen „Egoismus, Machtarroganz und Geringschätzung der Gesellschaft“ kamen in der Wählerschaft kaum an.³

1 Polska najbardziej konkurencyjnym państwem w Europie? Wkrotce - zapowiada premier, Newsweek Polska, 23.11.2013, www.newsweek.pl.

2 Kliczko gosciem konwencji PO. Tusk: Od wyborow do europarlamentu zalezy bezpieczenstwo Polski i Europy, in: Gazeta Wyborcza, 22.03.2014, www.wyborcza.pl.

3 Kaczynski: Polacy maja dosc systemu Tuska, egoizmu i aragancji, in: Dziennik, 15.2.2014, <http://wiadomosci.dziennik.pl>.

Das Ergebnis der Europawahlen, bei dem die beiden Hauptkonkurrenten PO (32,1%) und PiS (31,8%) gleichauf lagen, war denn auch ein Teilerfolg für die PO. Obschon sie gegenüber den Wahlen von 2009 empfindliche Verluste hinnehmen musste (über 12 Prozentpunkte), vermochte es die PiS nicht, die seit 2007 regierende Bürgerplattform zu überflügeln. Neben einer gewissen Uninspiriertheit trugen hierzu zwei Faktoren bei. Zum einen starteten zwei andere Parteien aus dem konservativen Bereich, das „Solidarische Polen“ (SP) um den ehemaligen PiS-Politiker Ziobro und die Gruppierung „Polska Razem“ (PRJG) des früheren PO-Ministers Gowin. Beide Parteien verfehlten die Fünf-Prozent-Hürde, gemeinsam vereinten sie aber sieben Prozent der Stimmen auf sich, die ansonsten vor allem der PiS zugute gekommen wären. Zum anderen dürfte auch der unerwartete Erfolg des nationalistischen „Kongresses der Neuen Rechten“ (KNP, die Partei erhielt über 7% der Stimmen und erhielt vier Mandate) um den exzentrischen Janusz Korwin-Mikke der PiS geschadet haben. Obwohl die KNP etwa mit prorussischen Äußerungen geradezu konträre Positionen zur PiS einnahm, war sie als unverbrauchte Protestpartei auch für viele potentielle PiS-Anhänger attraktiv.⁴

Kurz nach den Europawahlen erschütterte ein neuer Schlag die Regierung Tusk. Das Wochenmagazin *Wprost* veröffentlichte Mitschnitte von Gesprächen polnischer Spitzenpolitiker und Regierungsmitglieder. Hierbei gelangten Äußerungen an die Öffentlichkeit, die ob der teils expliziten Sprache und aufgrund ihres Inhalts (Außenminister Sikorski zweifelte etwa den Nutzen der polnisch-amerikanischen Beziehungen an) hochkontrovers waren. Trotz eines Mediengewitters und verbaler Sturmfläufe der Opposition, gelang es dem Regierungschef jedoch, die Abhöraffaire unbeschadet zu überstehen. Sie wurde als Folge unlauterer und illegaler Machenschaften unseriöser Zeitschriften, als Tat eines dubiosen Geschäftsmanns und als Aktion mit eventuell russischen Hintergründen dargestellt.

Als sich die Staats- und Regierungschefs der EU Ende August 2014 auf Donald Tusk als neuen Präsidenten des Europäischen Rats einigten, löste dies eine Welle von Spekulationen über die Zukunft der Regierung und der Bürgerplattform aus. Tusks Rückzug aus der polnischen Politik führte aber kurzfristig weder zu einem Machtvakuum auf Regierungsebene noch zu Nachfolgestreitigkeiten in der PO. Mit der früheren Gesundheitsministerin Ewa Kopacz übernahm eine farb- und konturlose Politikerin das Amt des Ministerpräsidenten, die das Bündnis mit der PSL nahtlos fortsetzte. Durch die Einbeziehung von innerparteilichen Widersachern in die Regierung (insbesondere des von Tusk zwischenzeitlich ausgebooteten Grzegorz Schetyna, der Außenminister wurde) versuchte Kopacz, mögliche Gegner frühzeitig einzubinden. Als Gewinner des Wechsels von Tusk zu Kopacz gilt Staatspräsident Komorowski. Dieser erlangte unter anderem nach dem Abgang von Außenminister Sikorski, welcher Parlamentspräsident wurde, außen- und sicherheitspolitisch noch mehr Gewicht und gewann auch in der Regierung an Einfluss.⁵

Polen und die Ukraine-Krise

Für Polen war der Konflikt in der und um die Ukraine das zentrale Thema seiner Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Die Eskalation der Krise in Polens direkter Nachbarschaft,

4 Ein beachtlicher Teil der KNP-Wähler kam aber vermutlich auch von der linken *Twoj Ruch*. Auffallend war, dass die KNP stärkste Partei unter den Erst- und Jungwählern war, wo sie über 28% der Stimmen erhielt, EUROWYBORY 2014. Młodzi odwracają się od Platformy. Wola PiS i Korwin-Mikkego, in: *Gazeta Wyborcza*, 26.05.2014, www.wyborcza.pl.

5 Ein frühes Signal war, dass Komorowski den früheren Finanzminister Rostowski als Außenminister verhandelte. Zur möglichen Konkurrenz Komorowski-Kopacz: Prezydent prezy muskuly, in: *Newsweek*, 29.9.2014, www.newsweek.pl.

die Ungewissheit über Russlands Verhalten, aber auch Polens traditionelles Engagement für die Ukraine im Rahmen der EU-Außenbeziehungen beschäftigten Politik, Medien und eine breitere Öffentlichkeit. Nachdem Polen, wie auch andere Mitgliedstaaten, darauf hofften, auf dem Gipfel von Vilnius der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013 könne das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterschrieben werden, konnte selbst Polens Staatspräsident nach der Zusammenkunft nur konstatieren, dass die Türen für die Finalisierung des Vertrags weiter offen blieben.⁶ Gleichwohl wollte Polen ein neues Hilfspaket für die Ukraine schnüren und den Dialog mit ukrainischen Vertretern aller Seiten beleben.⁷ Außenminister Sikorski kritisierte wenige Wochen nach dem Vilnius-Treffen indirekt die EU: Diese habe der Ukraine keine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt und sei daher mitverantwortlich dafür, dass die Assoziierung nicht unter Dach und Fach gebracht werden konnte.⁸ Mit der Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen der prowestlichen Opposition und dem Lager um den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch nahmen nicht nur die Aktivitäten polnischer Politiker und Nichtregierungsorganisationen zur Unterstützung des Maidan zu, Warschau versuchte sich nun auch in einer aktiven Vermittlerrolle. Wichtigster Beitrag war die gemeinsame Reise des polnischen Außenministers mit seinen Amtskollegen des Weimarer Dreiecks nach Kiew, wo am 21. Februar 2014 eine Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition zur Skizzierung eines politischen Auswegs aus der Krise unterzeichnet wurde. Auch wenn dieses Dokument durch die Flucht des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch unmittelbar nach seiner Unterzeichnung weitgehend hinfällig wurde, spielte die Mediation der „Weimarer“ Außenminister eine bedeutende Rolle beim Zurückdrehen der Gewaltspirale in einem heiklen Moment. Polen machte sich nach dem Sieg der Demokratiebewegung auf europäischer Ebene dafür stark, die neue ukrainische Führung spürbar zu unterstützen. Warschau trat daher für eine rasche Unterzeichnung des politischen wie des freihandelsbezogenen Teils des Assoziierungsabkommens ein, sprach sich für zusätzliche Finanzhilfen aus und assistierte bei der Versorgung der Ukraine mit Gaslieferungen.

Gegenüber Russland gehörte Polen zu den Verfechtern einer konsequenten Sanktionspolitik, folgte aber der Maxime, dass Sanktionen der gesamten EU effektiver seien als Maßnahmen einzelner Staaten.⁹ Gleichzeitig wandte sich Polen gegen eine Politik übermäßiger Zugeständnisse, vor allem eines Mitspracherechts Russlands bei der Ausgestaltung der EU-Ukraine-Beziehungen. Mit Skepsis nahm Warschau den Schritt der Kommission auf, die Vorabimplementierung des Freihandelsteils im Assoziierungsabkommen bis Ende 2015 hinauszuschieben, um so mit Russland über technische Anpassungen zu verhandeln, die den EU-Ukraine-Freihandel gegenüber den Warenströmen Ukraine-Russland möglichst kompatibel halten soll. Befürchtet wird, dass die EU für einen Ausgleich mit Russland Nachverhandlungen über das Assoziierungsabkommen hinnehmen könnte. Nicht von ungefähr betonte der polnische Europaabgeordnete Saryusz-Wolski nach der Ratifizierung des Abkommens im Europäischen Parlament, dass an dem Dokument selbst jedes veränderte Komma erneuter parlamentarischer Billigung bedürfe.¹⁰

6 Komorowski: Drzwi Ukrainy do UE otwarte, in: Rzeczpospolita, 29.11.2013.

7 Polska z Ukraina zacznie od nowa, in: Rzeczpospolita, 3.12.2013.

8 Sikorski: w ofercie dla Ukrainy zabrakło perspektywy kandydowania do UE, Meldung der Nachrichtenagentur PAP vom 29.01.2014, www.ms.gov.pl.

9 Premier o sankcjach Unii Europejskiej wobec Rosji: lepsze słabe sankcje całej UE niż pojedynczych państw, Meldung der Kanzlei des Premierministers, Juli 2014, ohne genaues Datum, www.premier.gov.pl.

10 Parlament Europejski ratyfikował umowę stowarzyszeniową UE-Ukraina, in: Rzeczpospolita, 16.9.2014.

Mit der Annexion der Krim durch Russland und dem Ausbrechen bewaffneter Auseinandersetzungen in der östlichen Ukraine erhielt die Krise auch für Polen eine neue Dimension. Im Land setzte nun eine intensive Diskussion über die nationale Sicherheit und von Russland ausgehende Bedrohungen ein. Warschau forderte daher mit neuem Elan effiziente Sicherheitsgarantien seitens der NATO. Insbesondere wollte man durch Truppenstationierungen und engere militärischer Kooperation mit den Bündnispartnern Polen aus der Situation eines „NATO-Mitglieds zweiter Klasse“ herausführen. Hoffnungsvoll, wenn auch mit gebührendem Realismus, wurde daher der Besuch des amerikanischen Staatspräsidenten in Warschau Anfang Juni 2014 aufgenommen. Barack Obama kündigte dabei eine „Rückversicherungsinitiative“ für Europa an, die mit bis zu einer Milliarde Dollar unterfüttert sein werde. Die auf dem NATO-Gipfel in Newport getroffenen Beschlüsse, insbesondere die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe und der Einstieg in eine (wenn auch symbolische) Präsenz von Bündnistruppen in den östlichen Staaten der Allianz wurden in Polen als relevante Schritte zu mehr Sicherheit gewertet.

Unambitionierte Klimapolitik, ambitionierte Energieunion

Das Verhalten Russlands und die Ukraine-Krise hatten in den polnischen Diskussionen zu Energie- und Klimapolitik zwei breitere Effekte, einen eher defensiven und einen eher offensiven. Zum einen sah man sich darin bestätigt, Fragen der Versorgungssicherheit Vorrang gegenüber der Umweltverträglichkeit eingeräumt zu haben. Zum anderen wollte man der europäischen Energiepolitik mehr Dynamik und eine stärkere Solidarkomponente verleihen.

Was die „defensive“ Dimension anging, so konzentrierte sich Warschau Ende 2013/Anfang 2014 auf die Verhinderung restriktiver, umweltfreundlicher Regelungen bezüglich der Schiefergasförderung, auf die in Polen angesichts vermuteter heimischer Vorkommen große Hoffnungen gesetzt werden. Denn Schiefergas, so der polnische Umweltminister Grabowski, verbessere Energiesicherheit und Konkurrenzfähigkeit und helfe dabei, CO₂-Emissionen zu reduzieren.¹¹ Durch Lobbyarbeit im Europäischen Parlament und in engem Zusammenwirken mit Großbritannien und einer Reihe jüngerer Mitgliedstaaten konnte Polen in der Tat verbindliche Fracking-Regulierungen aus Brüssel abwehren. Ein weiteres traditionelles Betätigungsfeld polnischen Handelns blieb die Klimapolitik. Die polnische Regierung lehnte ambitionierte Pläne, wie sie seitens der Kommission und des Europäischen Parlaments sowie aus einigen Mitgliedstaaten für die Zeit nach 2020 angestrebt wurden, weiterhin konsequent ab. Polens Wirtschaftsminister Piechocinski drückte im Frühjahr 2014 die Hoffnung aus, die Situation in der Ukraine sowie die Situation in der europäischen Industrie würden „den ökologischen Flügel“ in Kommission und Europäischem Parlament „ernüchtern“ lassen. Überdies sei eine globale Einigung in Sachen Dekarbonisierung Voraussetzung für Polens Zustimmung zu weitergehenden EU-Klimazielen ab 2020. Der Ruf nach einer Reindustrialisierung Europas ohne weltweiten Kompromiss in Klimafragen sei „schlicht ein Luftschloss“.¹² Mit Näherrücken des EU-Gipfels vom Oktober 2014, auf dem die strittige Erhöhung der CO₂-Reduktionsziele auf 40% bis 2030 thematisiert werden sollte, signalisierte Polen Unnachgiebigkeit. Die neue Premierministerin Kopacz schloss im Vorfeld der Zusammenkunft ein polnisches Veto nicht aus.

11 Powstanie polsko-brytyjski raport o gazie lupkowym, Blogbeitrag des polnischen Umweltministers Maciej H. Grabowski, 25.04.2014, <https://www.premier.gov.pl/blog/maciej-h-grabowski/powstanie-polsko-brytyjski-raport-o-gazie-lupkowym.html>.

12 Polska może zablokować unijny pakiet klimatyczny, in: Forbes, 19.03.2014, www.forbes.pl.

Sie werde keiner Lösung zustimmen, die zusätzliche Kosten für die polnische Wirtschaft und höhere Preise für die Verbraucher bedeutet. Die beim Europäischen Rat vom 23./24. Oktober erzielten Resultate waren dann aus polnischer Sicht ein voller Erfolg. Trotz der Ausweitung der CO₂-Reduktion auf 40% bis 2030 werden aus Sicht der Warschauer Regierung auf Polen keine nennenswerten Neubelastungen zukommen, da Polen von neuen Lastenteilungsmechanismen (so etwa kostenfreie Emissionsberechtigungen bzw. eine Finanzreserve zur Abdeckung notwendiger Zusatzinvestitionen) profitieren könne. Überdies ist für Warschau eine für 2015 angesetzte Revisionsklausel wichtig, die weitere Konkretisierungen der EU-Klimaziele unter einen Prüfvorbehalt der Staats- und Regierungschefs stellt.¹³

Mit Blick auf die Energiesicherheit Europas lancierte Ministerpräsident Tusk im April 2014 mit dem Vorschlag einer „Europäischen Energieunion“ eine Initiative, die zwar nicht in allen Einzelheiten, aber als Idee zur Dynamisierung der europäischen Energiepolitik grundsätzlich von den anderen Mitgliedstaaten akzeptiert wurde. Konkret soll die EU nach polnischen Vorstellungen mehr Energiesolidarität praktizieren, zusätzliche Mittel für den Infrastrukturausbau bereitstellen, alle fossilen Brennstoffe (auch Kohle und Schiefergas) nutzen und ihren Austausch mit internationalen Partnern wie den USA vertiefen. Überdies sollen Lieferverträge für Energieträger aus Russland EU-weit koordiniert werden.¹⁴ Die „Energieunion“ beinhaltet in der Substanz wenig Neues, die einzige wirkliche Innovation wäre die Harmonisierung der Einkaufspolitik gegenüber Russland, die aber in vielen Mitgliedstaaten auf Vorbehalte stößt.

Wirtschaft und Währung

Während Polen in den Vorjahren genau auf mögliche Vertiefungstendenzen in der Eurozone blickte und sich um die Abkopplung von der Währungsunion sorgte, nahm Warschau im Berichtszeitraum eine pragmatisch-kooperative Haltung ein. Der während der litauischen Präsidentschaft erzielte Kompromiss zur Bankenunion sowie die Folgeverhandlungen erfüllten aus Warschauer Sicht polnische Kernforderungen, insbesondere sah man den Grundsatz der Offenheit für Nicht-Eurozonen-Länder und der Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten gewährleistet.¹⁵ Hinsichtlich möglicher Vertragspartnerschaften zur Fixierung von Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gab sich Polen weiterhin positiv, wandte sich aber gegen ein separates Eurozonen-Budget zur Finanzierung dieser Abkommen. Warschau favorisiert eingedenk eigener Erfahrungen mit IWF-Darlehen ein Kredit-basiertes Modell.

Bezüglich des polnischen Eurozonen-Fahrplans nahmen die relevanten Akteure in Warschau weiterhin eine Haltung der wohlwollenden Zurückhaltung ein. Polens Finanzminister Szczurek hielt weiterhin die Strategie „des Fußes in der Tür“ für optimal: Man wolle möglichst eng an die Eurozone angebunden sein, werde aber einstweilen keine Datumsdiskussion eröffnen. Eine schnelle Übernahme der Gemeinschaftswährung sei auch deswegen nicht anzustreben, weil Polen trotz guter Rahmendaten noch Zeit zur Vorberei-

13 Szczyt Rady Europejskiej: nie bedzie wzrostu cen energii dla Polaków, Meldung der Kanzlei des Premierministers zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 23./24.10.2014, ohne Datum, www.premier.gov.pl.

14 Donald Tusk, A united Europe can end Russia's energy stranglehold, in: *Financial Times*, 21.04.2014, www.ft.com.

15 So der Unterstaatssekretär im Außenministerium Nowak-Far bei der Unterrichtung des Sejm über die polnische Europapolitik im 1. Halbjahr 2014, 74. Sitzung des Sejm vom 10.9.2014, Informacja dla Sejmu i Senatu o udziale Rzeczypospolitej Polskiej w pracach Unii Europejskiej w okresie styczeń-czerwiec 2014 r (przewodnictwo Grecji w Radzie Unii Europejskiej), www.sejm.gov.pl.

tung brauche, etwa um die Staatsschulden zu reduzieren.¹⁶ Der Chef der Nationalbank, Marek Belka, sprach sich ebenfalls gegen eine Beschleunigung der Euro-Einführung aus. Belka wiederholte seine bereits früher geäußerte These, Polen solle den Euro nur übernehmen, wenn die Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus (ERM2) übersprungen werde. Dadurch könne man Spekulationen gegen den Zloty vorbeugen.¹⁷ In ihrer Antrittsrede vor dem Parlament blieb auch die neue Premierministerin Kopacz auf dieser Linie und nannte keinerlei Zeitrahmen. Sie verwies auf die Konsolidierung der Eurozone und die Stabilität der polnischen Wirtschaft als eigentliche Kriterien, die den richtigen Zeitpunkt der polnischen Euro-Einführung bestimmen sollten.¹⁸

Für Polen stellte die Wahrung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt ein zentrales Thema seiner Europapolitik dar. Insbesondere die britische Debatte zur Einwanderungspolitik und über angeblichen Sozialmissbrauch sowie etwaige Einschränkungen der Personenfreizügigkeit riefen scharfe Kritik in Medien und Politik hervor und führten zu einer Eintrübung der polnisch-britischen Beziehungen. Besondere Brisanz erhielt das Thema durch seine parteipolitische Dimension: Die Bürgerplattform brachte die PiS immer wieder in Verlegenheit, da diese im Europäischen Parlament mit den britischen Konservativen in einer Fraktion sitzen. PiS-Chef Kaczynski sah sich daher gezwungen, in einem Brief an den britischen Premierminister „Verwunderung“ und „Überraschung“ angesichts dessen Zuwanderungskritik zum Ausdruck zu bringen.¹⁹ Da die Kontrolle über Migrationsströme zu einem zentralen Thema der britischen Verhandlungen im Vorfeld des dortigen EU-Referendums werden könnte, wird diese Frage die beiderseitigen Beziehungen möglicherweise auch künftig belasten.

Fazit

Die Wahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rats ist auch eine Anerkennung seiner proaktiven, vernetzungsorientierten und integrationsaffinen Europapolitik sowie generell eine Würdigung der polnischen Rolle in der EU. Das Vertrauen zentraler Partner, eine solide Expertisebasis und eine europafreundliche Grundausrichtung waren die Ressourcen der polnischen Position in der EU, die es dem Land auch ermöglichten, Partialinteressen wie etwa in der Klimapolitik entschlossen durchzusetzen. Gerade das Management der bilateralen Beziehungen stieß aber auch an Grenzen. Die Visegrad-Gruppe etwa, ein wichtiger Referenzrahmen der polnischen Politik, ist in Sachen Russland gespalten und Polen fand mit seinen ostpolitischen Vorstellungen nur wenig Verständnis bei diesen Partnern. Und auch in den Beziehungen zu Deutschland und Frankreich machten sich neue Zweifel breit: Nach dem kurzen Aufblühen des Weimarer Dreiecks auf dessen Kiewer Mission im Februar 2014 fanden wichtige Verhandlungen mit Russland und der Ukraine zwischen Paris und Berlin ohne Warschau statt. Gerade das Verhältnis zu Deutschland, das Polens Staatspräsident Komorowski zu einer europäischen „Verantwortungsgemeinschaft“ fortentwickeln will, wurde angesichts des deutschen Verhaltens gegenüber Russland mit neuen Zweifeln überzogen.

16 Szczurek: Polska lepiej przygotowana do euro niz wiele krajow, ktore juz je ma, in: Gazeta Wyborcza Biznes, 22.08.2014, www.wyborcza.biz.

17 Belka: Przyjecie euro nie w przewidywalnej przyszlosci, bez wchodzenia do ERM II, in: Gazeta Wyborcza Biznes, 14.02.2014, www.wyborcza.biz.

18 Exposé premier Ewy Kopacz – stenogram, 1.10.2014, www.premier.gov.pl.

19 Polscy politycy krytykują Camerona za słowa ws. imigrantów. Zdziwiony, zaskoczony Kaczynski pisze list, Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 23.12.2013, www.tokfm.pl.